

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Dienstag, dem 06.05.2014, in der Gemeinschaftsgrundschule Friedensschule, Grabenstraße 13, 52499 Baesweiler

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 18.55 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Baumann, Marita für Mürkens, Franz-Josef
Beckers, Rolf für Backhaus, Wolfgang
Bockmühl, Gabriele
Fritsch, Dieter, als Vorsitzender
Grotenrath, Petra
Mohr, Bruno
Puhl, Matthias
Schmittmann, Jörg für Pohlen, Dr. Christina

b) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:**

Kohlhaas, Margarete für Herkens, Michael

c) **sachkundige Einwohner:**

Pfarrer Bruckes
Klein, Gisela

d) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
StVR Ohler
StA Engels als Schriftführer

e) **entschuldigt fehlte:**

Eldemir, Abdullah

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 28.11.2013
2. Betreuungsangebote an den Schulen der Stadt Baesweiler;
hier: Sachstandsbericht
3. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler;
hier: Darstellung der tatsächlichen Schülerzahlen für das Schuljahr 2014/2015 sowie Entwicklung der weiterführenden Schulen in Baesweiler
4. Mitteilungen der Verwaltung
5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nicht öffentliche Sitzung:

6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 16.04.2014 auf Dienstag, den 06.05.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Ausschuss mit der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig sei.

Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Die Schulleiterin der Friedensschule, Frau Heitzer sowie die Konrektorin, Frau Kurt, stellten dem Ausschuss und den Gästen die Schule kurz vor und gingen dabei insbesondere auf besondere Aktivitäten wie das alle 2 Jahre stattfindende Singspiel und die Einbindung neuer Medien in den Unterricht ein.

A. Öffentliche Sitzung:**1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 28.11.2013**

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung vom 28.11.2013.

**2. Betreuungsangebote an den Schulen der Stadt Baesweiler;
hier: Sachstandsbericht**

Dr. Linkens verwies auf die aussagekräftige Vorlage und dankte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes 40 für die Erstellung eines solch umfassenden Betreuungsangebotes. Positiv hervorzuheben sei, dass sich die Verwaltung in sehr konkreten Gesprächen mit dem Malteser Jugendtreff Setterich befände, um ein Betreuungsangebot auch in den Ferien anbieten zu können.

Es sei äußerst wichtig gewesen, dass man auf Nachfrage von Eltern zur Einrichtung einer Betreuung an der Katholischen Grundschule in Beggendorf sehr schnell reagiert habe und diese dort bereits für das laufende Schuljahr umgesetzt habe. Schon im 1. Jahr der angebotenen Betreuung nähmen das Angebot viele Schülerinnen und Schüler wahr. Diese positive Entwicklung an der Katholischen Grundschule Beggendorf passe zum allgemeinen Bestreben, den Standort unbedingt erhalten zu wollen.

Für die CDU-Fraktion dankte Herr Puhl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Schulamtes für die im Rahmen der Betreuungsmaßnahmen geleistete Arbeit. Das Betreuungsangebot in der Stadt Baesweiler werde den Eltern zu überschaubaren Kosten angeboten. Er dankte der Verwaltung für das Bestreben weitergehende Betreuungsmaßnahmen, auch in den Schulferien, anbieten zu wollen. Darüber hinaus richtete Herr Puhl seinen Dank an Frau Klein als Schulleiterin der Gemeinschaftsgrundschule Grengracht mit Katholischem Teilstandort Beggendorf für die kurzfristige Einrichtung der Nachmittagsbetreuung am Teilstandort Beggendorf. Dies sei ein wichtiger Aspekt bei den Bemühungen zum Erhalt der Schule als Dependence der Grengrachtschule.

Frau Bockmühl hielt für die SPD-Fraktion fest, dass sich die Betreuungsangebote für Schülerinnen und Schüler in der Stadt Baesweiler in den letzten Jahren positiv entwickelt haben. Sie stellte fest, dass sich die Anzahl der betreuten Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2009/2010 im Bereich der Offenen Ganztagschule und den Betreuungsangeboten etwa verdreifacht habe. Dies zeige auch, dass ein qualifiziertes Betreuungsangebot ein ausgeprägter Wunsch der Eltern sei.

Sie beantragte den Beschlussvorschlag der Verwaltung dahingehend zu erweitern, das Angebot der Offenen Ganztagschule in allen Baesweiler Grundschulen anzubieten. Dies ermögliche den Abruf aller finanziellen Mittel sowie eine flächendeckende qualifizierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler.

Sodann fragte sie Frau Heitzer, ob die Anzahl der nachmittags betreuten Schülerinnen und Schüler an der Friedensschule dem tatsächlichen Bedarf entspreche oder ob eine weitergehende Nachfrage bestehe.

Frau Heitzer antwortete, dass die derzeit betreuten 35 Schülerinnen und Schüler dem tatsächlichen Betreuungsbedarf entsprechen würden.

Dr. Linkens betonte daraufhin zunächst, dass man seitens der Verwaltung mit dem Betreuungsangebot und insbesondere mit der Qualität der Betreuung sehr zufrieden sei. Die äußerst positive Entwicklung der Betreuungsangebote sei Beleg für die hervorragende Arbeit des Vereins. Die Einrichtung einer Offenen Ganztagsschule sei immer nur in enger Abstimmung mit den jeweiligen Schulen möglich. Bezogen auf die von ihr angesprochene Betreuung an der Friedensschule bliebe festzuhalten, dass der Bedarf sowohl im Hinblick auf die Anzahl der Plätze als auch hinsichtlich der Art und Weise der angebotenen Betreuung gedeckt sei. Er sei davon überzeugt, dass der Verein zur Betreuung der Baesweiler Grundschul Kinder unter Herrn Ohlers Leitung, auch in der Betreuung und nicht nur im Bereich der Offenen Ganztagsschule qualifiziertes Personal und qualifizierte Angebote für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung stellt. Die Verwaltung schlage eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Betreuungsangebote an den Baesweiler Schulen vor. Nur so könne eine bedarfsgerechte und für die Eltern finanzierbare Betreuung angeboten werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankte Herr Beckers der Verwaltung für die ausführliche Darstellung der Betreuungsangebote an den Baesweiler Schulen. Er halte es für selbstverständlich, dass jede Schule über ein entsprechendes Angebot verfüge, dieses bedarfsgerecht weiter entwickelt werde und die Verwaltung auf Veränderungen flexibel und schnell reagiere. Fraglich sei jedoch auch, ob Eltern in jedem Falle die für sie notwendigen Betreuungsangebote gegenüber der Verwaltung formulieren würden. Es habe sich in der Vergangenheit gezeigt, dass Angebote wahrgenommen werden, sofern sie angeboten würden. Seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gäbe es aber keine Hindernisse, dem seitens der Verwaltung formulierten Beschlussvorschlag zu folgen, da mit der zustimmenden Kenntnisnahme ebenfalls gegeben sei, die Betreuung auch auf Ferienzeiten auszudehnen.

Sodann beantragte Frau Bockmühl für die SPD-Fraktion, das Wort „zustimmend“ aus dem Beschlussvorschlag zu streichen.

Ausschussmitglied Puhl erwiderte, dass nach seiner Meinung die SPD-Fraktion den Schulen und auch den Eltern etwas aufkotroyieren möchte, was von diesen nicht gewollt sei. Man habe von der Schulleiterin der Friedensschule gehört, dass der Bedarf in ausreichender Weise gedeckt sei und die Verwaltung werde mit dem Beschlussvorschlag beauftragt, die Betreuungsangebote zu beobachten und bedarfsgerecht weiter zu entwickeln. Weitergehende Maßnahmen seien nach Meinung der CDU-Fraktion nicht notwendig.

Frau Bockmühl entgegnete, dass die Eltern aufgrund des gesellschaftlichen Wandels eine Betreuung in Form einer Offenen Ganztagsschule unbedingt benötigen würden. Es würden Zuschüsse nicht abgerufen, die eine qualifizierte Betreuung der Schülerinnen und Schüler im Nachmittagsbereich ermöglichen würden.

StVR Ohler erinnerte an die in den letzten Jahren im Ausschuss geführten Diskussionen zu diesem Thema. Die Offene Ganztagsschule sei stets nur die zweitbeste Lösung gewesen. Fraktionsübergreifend war man sich einig, dass es besser gewesen wäre, mit einer entsprechenden Lehrerzuweisung den gebundenen Ganztag einzuführen. Hierfür seien jedoch vom Land keine Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Daher habe man mit viel Engagement und Einsatz seitens der Verwaltung die Offene Ganztagschule an den Schulen eingeführt, die dies wollten.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei 2 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis und unterstützt eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Betreuungsprogramms an den Schulen im Stadtgebiet Baesweiler.

3. Schulentwicklungsplan (SEP) der Stadt Baesweiler; hier: Darstellung der tatsächlichen Schülerzahlen für das Schuljahr 2014/2015 sowie Entwicklung der weiterführenden Schulen in Baesweiler

Dr. Linkens dankte dem Schulamt für die Erstellung der umfangreichen Vorlage und die Darstellung der Schülerzahlen. Anhand der Zahlen im Grundschulbereich lasse sich feststellen, dass es zwar Abweichungen gäbe, die aber der schnelllebigen Zeit geschuldet seien. Die Prognose sei im Jahre 2009 erstellt worden. Daher ließen sich Abweichungen nicht vermeiden.

Für die Katholische Grundschule Beggendorf stellte er fest, dass man derzeit eine Gesamtschülerzahl von 52 Schülerinnen und Schülern verzeichnen könne. Die entscheidende Zahl von 46 Schülerinnen und Schülern zum Erhalt der Schule sei derzeit also noch gewährleistet, sie sei aber für die Folgejahre nicht gesichert. Er dankte Frau Klein für die engagierte und geleistete Arbeit und sagte die Unterstützung der Verwaltung zum Erhalt der Schule auch weiterhin zu. Die anderen Grundschulen im Stadtgebiet Baesweiler hätten aufgrund der Gesamtschülerzahlen keine Existenzsorgen.

Bezugnehmend auf die Anmeldungen an den weiterführenden Schulen teilte er mit, dass für die 5. Klasse des Schuljahres 2014/2015 an der GHS Goetheschule 19 Anmeldungen vorlägen. Dies sei sicherlich keine erfreuliche Zahl, reiche jedoch aus, um eine Eingangsklasse an der Goetheschule bilden zu können. Der große Unterschied zu der im Jahre 2009 prognostizierten Schülerzahl ergäbe sich daraus, dass die Schulformempfehlungen der Grundschulen im Jahre 2009 noch verbindlich gewesen seien. Dies sei mittlerweile nicht mehr der Fall. Es zeichne sich ein Trend ab, dass durch den Wegfall der verbindlichen Schulformempfehlungen auch Schüler mit einer Hauptschulempfehlung sich verstärkt an Gesamtschulen anmelden würden.

Sodann stellte er die erfreuliche Entwicklung an der Realschule und am Gymnasium der Stadt Baesweiler dar.

Mit Bezug auf die Zahl der auspendelnden Schüler stellte er fest, dass diese insbesondere zu den Gesamtschulen in Alsdorf und Übach-Palenberg gravierend sei.

Fraglich sei, so Dr. Linkens, wie man mit der sich abzeichnenden Entwicklung umgehen solle. Zunächst könne man nicht davon ausgehen, dass die Goetheschule weiterhin ausreichende Anmeldezahlen für die 5. Klasse in den nächsten Jahren erreichen werde. Anhand der Schülerzahlenentwicklungen der letzten Jahre könne man feststellen, dass die Schülerzahlen in Klasse 7 jeweils ansteigen. Dies werde die Bezirksregierung jedoch bei der Prüfung der Frage der Fortexistenz der GHS Goetheschule voraussichtlich nicht berücksichtigen. Auch die hervorragende pädagogische Arbeit an der Goetheschule werde bei dieser Frage keine Berücksichtigung finden.

Es stelle sich also die Frage, wie man verhindern könne, dass Eltern ihre Kinder an Gesamtschulen außerhalb der Stadt Baesweiler anmelden und gleichzeitig die Realschule vor Ort, welche ein hohes Ansehen genieße und einen hervorragenden Ruf habe, als Schulform erhalten zu wollen. Die Fortexistenz der Realschule und des Gymnasiums sei sehr wichtig.

Dr. Linkens machte nochmals deutlich, dass die Bezirksregierung Köln in den letzten Jahren immer wieder festgestellt habe, dass man für Baesweiler eine Gesamtschule nicht genehmigen werde.

Gemeinsam mit Herrn StVR Ohler habe er nunmehr ein weiteres Gespräch mit der Bezirksregierung geführt. Sodann zitierte er aus einem nach dem Gespräch erstellten Vermerk der Verwaltung:

„Seitens der Bezirksregierung ist übereinstimmend anerkannt worden, dass die Zahlen (Schüler mit Empfehlungen für die Haupt- und Realschule) grundsätzlich ausreichen, um eine Gesamtschule dauerhaft zu errichten. Gleichwohl werde man diese Schulform für Baesweiler nicht befürworten. Man sehe die Schule nicht als genehmigungsfähig an. Man habe allergrößte Bedenken und könne sich keine Genehmigung vorstellen.“

Dies sei eine klare und sehr deutliche Aussage. Die Argumentation der Bezirksregierung werde mit dem sogenannten Rücksichtnahmegebot begründet. Die Schülerinnen und Schüler aus Baesweiler seien erforderlich, um an der Gesamtschule in Übach-Palenberg die notwendige Schülerzahl weiterhin erreichen zu können. Insoweit sei der Bestand der Gesamtschule Übach-Palenberg infolge einer Genehmigung einer Gesamtschule in Baesweiler gefährdet.

Folgende Feststellungen könnten also getroffen werden, so Dr. Linkens

- Seitens der Bezirksregierung sei eine Zustimmung zu einer Gesamtschule für Baesweiler nicht zu erwarten.
- Das Gymnasium soll keinesfalls in Frage gestellt werden.
- Die Goetheschule könne für das Schuljahr 2014/2015 eine Eingangsklasse bilden.

Aufgrund dieser Erkenntnisse schlage die Verwaltung vor, zunächst Gespräche mit Vertretern der Städte Alsdorf und Übach-Palenberg zu führen. Auf der Grundlage der Ergebnisse dieser Gespräche sollte dann im Anschluss daran ein weiteres Gespräch mit der Bezirksregierung vereinbart werden. Die Ergebnisse dieser Gespräche würden dann, so Dr. Linkens, in der nächsten Schulausschusssitzung vorgestellt.

Darüber hinaus werde in dieser Sitzung nochmals das Thema Sekundarschule detailliert dargelegt und ausführlich erörtert, wie das Thema Realschule weiterhin zu bewerten sei. Er verwies darauf, dass die städtischen Veranstaltungen zum Thema Realschule gezeigt hätten, dass die Eltern der Schülerinnen und Schüler überaus zufrieden mit der Arbeit der Realschule seien.

Er stellte fest, dass das Problembewusstsein eindeutig gegeben sei, eine entsprechende Entscheidung jedoch aufgrund der noch ausstehenden Gespräche nicht getroffen werden könne. Er riet davon ab, in der heutigen Sitzung eine bereits in früheren Sitzungen diskutierte Elternbefragung zu beschließen, ohne entsprechende Aussagen der Bezirksregierung vorliegen zu haben. Gegenstand einer Elternbefragung müsse dann zwangsläufig auch die Errichtung einer Gesamtschule sein, welche nach derzeitigem Stand jedoch seitens der Bezirksregierung als nicht genehmigungsfähig angesehen werde. Vielmehr schlage man vor, die Gespräche mit der Bezirksregierung und den Nachbarkommunen abzuwarten und im Anschluss daran die Ergebnisse sachlich im Ausschuss zu beraten.

Für die CDU-Fraktion stellte Herr Puhl fest, dass die Verwaltung die Schülerzahlen in der Vorlage umfassend dargestellt habe. Er sehe bei den Grundschulen - außer in der Schulentwicklung der Katholischen Grundschule in Beggendorf - keinerlei Probleme bei der Erhaltung der Standorte in den einzelnen Ortsteilen. Er sei aber optimistisch, dass in Zusammenarbeit mit der Schulleitung der Katholischen Grundschule Beggendorf, der Verwaltung und den Eltern auch hier ein positives Ergebnis erzielt werden könne. Unter anderem würden in Beggendorf für junge Familien interessante Baugebiete ausgewiesen werden.

Er stellte weiterhin fest, dass sowohl an der Realschule als auch am Gymnasium hervorragende Anmeldezahlen zu verzeichnen seien. An diesen Zahlen lasse sich ablesen, dass die Realschule eine Schulform sei, die von den Eltern ausdrücklich gewünscht und angenommen werde. Das Gymnasium stehe nicht zur Disposition.

An der Goetheschule seien die Schülerzahlen - trotz der hervorragenden Arbeit - leider rückläufig. Es sei schade, dass eine sehr gut funktionierende Schule von den Eltern nicht mehr angenommen werde. Klar sei daher, dass langfristig Überlegungen zur Reform des Schulwesens in Baesweiler angestellt werden müssten. Klar sei aber auch, dass eine Gesamtschule seitens der Bezirksregierung nicht genehmigt werde. Einzige Alternative sei daher zurzeit die Errichtung einer Sekundarschule, was jedoch zur Folge habe, dass die Realschule geschlossen werden müsse. Dies sei jedoch seitens der Eltern nicht gewünscht, wie an den aktuellen Anmeldezahlen abzulesen sei.

Sinnvoller sei, wie bereits in den letzten Jahren geschehen, die Entwicklung zu beobachten, sachgerechte und ruhige Diskussionen und Beratungen zu führen, jedoch keine „Schnellschüsse“ zu beschließen. Ein Handlungsbedarf sei jedoch sicherlich gegeben.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Herr Beckers fest, dass es parteiübergreifend das Bestreben sei, alle Grundschulen im Stadtgebiet Baesweiler zu erhalten. Der Wunsch und auch die Anstrengungen zum Erhalt aller Grundschulen seien vorhanden. Sehr positiv zu bewerten seien die Anmeldezahlen für das Schuljahr 2014/2015 an der Grundschule in Beggendorf. Es bleibe jedoch abzuwarten, wie sich diese Zahlen weiter entwickeln.

Problematisch sei weiterhin die Entwicklung der Anmeldezahlen an der Goetheschule Baesweiler. Diese Entwicklung zeichne sich seiner Meinung nach bereits seit Jahren ab.

Er stellte dar, dass sich das Anmeldeverhalten an den weiterführenden Schulen in den letzten 40 Jahren massiv gewandelt habe. Seinerzeit sei es die Ausnahme gewesen, dass Kinder an einem Gymnasium oder einer Realschule angemeldet worden seien. Dies sei zur heutigen Zeit anders.

Er schlug eine Brücke zum wirtschaftlichen Strukturwandel auch in Baesweiler. Baesweiler sei keine Bergbaustadt mehr, sodass andere Anforderungen an die Abschlüsse der Schülerinnen und Schüler gestellt würden. Daher sei es seiner Meinung nach verständlich, dass Eltern der Meinung seien, ihre Kinder hätten bessere Chancen, wenn sie ihre Schullaufbahn an einer Realschule oder einem Gymnasium durchführen.

Er sehe für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine negative Entwicklung für die Realschule, wenn diese Klasse für Klasse, also von Anmeldung zu Anmeldung, in eine Sekundarschule umgewandelt werde. Dies sei lediglich ein Weg, den man mit einem engagierten Lehrerkollegium durchaus beschreiten könne. Seine Fraktion sehe die Realschule dahingehend auch sehr gut aufgestellt, zumal bei Errichtung einer Sekundarschule eine bessere Lehrerzuweisung erfolgen könne. Dies bedeute selbstverständlich, dass die Hauptschule und schlussendlich auch die Realschule aufgelöst werden müssten.

Aktuell sehe er für seine Fraktion jedoch auch nur die Möglichkeit, die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Er sprach sich dafür aus, die Verwaltung darüber hinaus zu beauftragen, mit den Nachbarkommunen Gespräche zu führen.

Es müsse allerdings auch analysiert werden, aus welchen Gründen Schülerinnen und Schüler an Gesamtschulen in den Nachbarkommunen angemeldet werden. Dies könne beispielsweise auch daran liegen, dass Schülerinnen und Schüler aus Oidtweiler aufgrund des kürzeren Weges eher an der Gesamtschule in Aisdorf als an der Realschule in Setterich angemeldet werden.

Zusammenfassend stellte er fest, dass seine Fraktion den Handlungsbedarf sehe und sich der neu zu bildende Stadtrat mit diesem Thema umfassend beschäftigen solle.

Frau Bockmühl stellte für die SPD-Fraktion fest, dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr an einer Hauptschule anmelden würden, da man der Meinung sei, dass die Kinder somit keine Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten. Ihre Fraktion mache sich auch über den Fortbestand der Realschule Gedanken. Die Zahlen würden aufzeigen, dass immer mehr Kinder an der Realschule angemeldet werden, ohne dass sich eine Veränderung bei der Anzahl der Lehrer einstellen würde. Bei einer Umwidmung der Realschule zu einer Sekundarschule sei, wie Herr Beckers bereits ausgeführt habe, eine bessere Lehrerzuweisung gegeben.

Sie hielt fest, dass ihre Fraktion die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis nehmen werde, allerdings nicht zustimmend.

Ausschussmitglied Puhl erwiderte, dass die SPD-Fraktion seit Jahren für die Errichtung einer Sekundar- bzw. einer Gesamtschule eintrete. Dies seien die beiden Schulformen, die von der SPD-Fraktion für Baesweiler favorisiert würden. Der Weg müsse jedoch sein, zunächst mit den Nachbarstädten in Kontakt zu treten, sachliche Gespräche zu führen und Kooperationsmöglichkeiten zu erarbeiten und die vorliegenden Zahlen zu analysieren. Er halte die beschriebene Vorgehensweise der

Verwaltung für richtig. Er gehe davon aus, dass man mit dieser Vorgehensweise mittelfristig eine Lösung habe, die dem Willen aller Eltern entspreche.

Ausschussmitglied Kohlhaas hielt für die FDP-Fraktion fest, dass sie es für bedenklich halte, dass die Rot-Grüne Landesregierung aus nicht nachvollziehbaren Gründen die Realschulen schließen wolle. Ihre Fraktion halte es für besser, die den Sekundar- und Gesamtschulen zugewiesene erhöhte Lehrerzuweisung den Realschulen ebenfalls zur Verfügung zu stellen. Die hervorragende Arbeit an der Real- und an der Goetheschule in Baesweiler solle seitens der Landesregierung unterstützt werden und nicht ständig Forderungen in den Raum gestellt werden, diese Schulen auslaufen zu lassen.

Ihre Fraktion wünsche sich, dass die Arbeit an der Realschule und an der Goetheschule besser honoriert würde.

Dr. Linkens hielt es ebenfalls für bemerkenswert, dass eine hervorragend funktionierende Realschule geschlossen werden müsse, um einen besseren Lehrerschlüssel zu erreichen. Dies sei eine eindeutige politische Beeinflussung der Schullandschaft.

Der Beschlussvorschlag sei seinerseits bereits konkretisiert worden. Er habe dargelegt, dass aufgrund der jetzt vorliegenden Erkenntnisse Gespräche mit den Nachbarkommunen angestrebt werden, das Thema Sekundarschule nochmals ausführlich im Ausschuss dargestellt werde, die Entwicklung an der Hauptschule umfassend beschrieben werde und dann mit der gebotenen Sachlichkeit und Objektivität ausführlich im Ausschuss beraten werde.

Frau Bockmühl stellte nochmals klar, dass es ihrer Fraktion nicht darum gehe, eine Schule zu schließen sondern dass ihrer Meinung nach die einzige Möglichkeit zur Unterstützung der Realschule darin bestehe, sie in eine andere Schulform umzuwandeln. Ihre Fraktion habe weder die Einführung einer Sekundarschule noch die Einführung einer Gesamtschule gefordert. Lediglich die verbindliche Abfrage des Elternwillens sei Gegenstand ihrer Anträge bzw. Wortmeldungen gewesen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei 3 Enthaltungen zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung Gespräche mit den Nachbarkommunen Alsdorf und Übach-Palenberg sowie der Bezirksregierung Köln zu führen und die Erkenntnisse aus diesen Gesprächen im Schulausschuss vorzustellen.

4. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

5. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

B) Nicht öffentliche Sitzung:

6. Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung lagen nicht vor.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Anfragen von Ausschussmitgliedern wurden nicht gestellt.

Der Ausschussvorsitzende schloss die Sitzung und wünschte den Ausschussmitgliedern einen guten Heimweg.

Der Ausschussvorsitzende:


(Fritsch)

Der Schriftführer:


(Engels)